

# Briefing zu EU-UK-Beziehungen

## Die Umsetzung des Nordirland-Protokolls

Anna Cavazzini MEP - 24. Juni 2021

### Inhalt

Die Umsetzung des Nordirland-Protokolls .....	1
Implementieren, erleichtern oder zusammenbrechen: Was sind die Szenarien? .....	2
Implementierung des Nordirland-Protokolls .....	3
Warum ist es wichtig, die im Protokoll enthaltenen Zollregeln zu implementieren? .....	4
Zeitplan: Was sind die wichtigsten anstehenden Termine und Fristen? .....	4

Der 23. Juni 2021 war der 5. Jahrestag des Brexit-Votums. Fünf Jahre später belasten Probleme, die bereits vor der Referendumskampagne im Raum standen, Bürger\*innen und Unternehmen gleichermaßen. Somit wird der Frieden auf der irischen Insel und insbesondere in Nordirland immer noch durch die Folgen des Brexits in Gefahr gebracht.

Die **Umsetzung des Nordirland-Protokolls** ist eines der problematischsten Bereiche in den aktuellen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich und die Lage könnte in den nächsten Tagen und Wochen weiter eskalieren.

**Das Nordirland-Protokoll ist für nordirische Unternehmen und Bürger\*innen eine Chance.** Denn es ermöglicht zollfreien Zugang sowohl zum britischen als auch zum EU-Markt. Nordirland erhält hierdurch zusätzlich die gleichen Konsultationsrechte wie Norwegen und die Schweiz, ohne jedoch in den EU-Haushalt einzahlen zu müssen. Studierende aus Nordirland erlangen außerdem Zugang zu dem EU-weiten Erasmus-Programm. All diese Vorteile wurden von der britischen Regierung nicht auf diese Weise präsentiert – im Gegenteil: Das Protokoll wurde als politische Waffe benutzt, um die eigene Schuld an den Lieferkettenproblemen vor Ort zu vertuschen. Diese sind nämlich durch die mangelnde Vorbereitung des Austritts und absichtliche politische Entscheidungen zustande gekommen.

Die Umsetzung des Protokolls bleibt sowohl für die EU als auch für das Vereinigte Königreich bei weitem die am wenigsten schlechte Option. Ein Verzicht darauf könnte sowohl den Frieden auf der irischen Insel als auch die zukünftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU ernsthaft gefährden.

*Wir unterstützen den Ansatz der EU-Kommission, der vorsieht, den Handelsstreit mit dem Vereinigten Königreich nicht eskalieren zu lassen, wobei die volle Umsetzung des NI-Protokolls möglich und nötig ist. Maßnahmen zur Handelserleichterung können nur dann eingerichtet werden, wenn das dem Vereinigte Königreich nie nötigen handelsbezogenen Daten zur Verfügung stellt. In Irlands Häfen wurden bereits die nötigen Vorkehrungen getroffen, um den Handel mit dem Vereinigten Königreich unter den neuen Bedingungen abzuwickeln. Das zeigt, dass die Kontrollen praktisch umgesetzt werden können. Das Protokoll kann eine Chance für Nordirland sein einen zollfreien Zugang sowohl zum EU-*

*Binnenmarkt als auch zum britischen Markt zu erlangen. Die EU und die nordirischen Akteure sollten zusammenarbeiten, um diese Vorteile aufzuzeigen und zu nutzen.*

Welche Zukunftsszenarien sind angesichts dieser Ausgangslage nun möglich?

## Implementieren, erleichtern oder zusammenbrechen: Was sind die Szenarien?

### **Szenario 1: Umsetzung des Nordirland-Protokolls durch Einrichten der vereinbarten Kontrollen**

Die einzige von der EU in Betracht gezogene Option ist die vollständige Umsetzung des Nordirland-Protokolls. Die Details dieser Umsetzung werden jedoch noch in technischen Gesprächen mit dem Vereinigten Königreich diskutiert. Die gemeinsame Nutzung von IT-Infrastruktur und der Zugang zu Informationen über vertrauenswürdige Händler sind notwendige Schritte, um Maßnahmen zur Handelserleichterung in Betracht zu ziehen.

Das Hauptproblem hierbei ist der **Mangel an Vertrauen** gegenüber der britischen Seite. Verschiedene Faktoren lassen die EU nun zu Recht am guten Glauben der britischen Regierung zweifeln: Die nachlässige Vorbereitung auf das Ende der Übergangsphase; die mangelnde Bereitschaft, EU-Beamt\*innen Zugang zu Informationen über Händler und Sendungen zu gewähren; die begrenzte Anzahl an britischen Zoll- und Veterinärbeamt\*innen, die zur Umsetzung des Protokolls eingestellt wurden; und wohl am eindrucksvollsten, die rhetorischen Angriffe gegen das Protokoll in der britischen Presse, die die politische Situation befeuert haben.

### **Szenario 2: Umsetzung des Nordirland-Protokolls mit einer vorübergehenden Vereinbarung über Lebensmittelstandards**

Die für die EU als ideal gesehene Umsetzung des NI-Protokolls würde beinhalten, dass sich das Vereinigte Königreich und die EU auf ein befristetes Veterinärabkommen einigen, wodurch etwa 80% der Zollkontrollen für Lebensmittel und andere wichtige Produkte entfallen würden. Die britische Seite hat diese Option abgelehnt, da sie eine Angleichung an die EU-Lebensmittelvorschriften mit sich bringen würde, insbesondere in Bezug auf den Handel mit lebenden Tieren und Tierprodukten. Auf dem G7-Gipfel im Juni 2021 soll US-Präsident Biden jedoch Boris Johnson mitgeteilt haben, dass ein temporäres Abkommen zwischen Großbritannien und der EU über Lebensmittelstandards kein Hindernis für ein separates Handelsabkommen zwischen Großbritannien und den USA darstellen würde. Trotz dieser neuen Hoffnung, die durch Bidens Engagement entstanden war, griff Boris Johnson das Protokoll kaum einen Tag später in der Presse erneut an.

### **Szenario 3: Das Vereinigte Königreich setzt die Kontrollen weiterhin einseitig aus und missachtet damit fortlaufend das NI-Protokoll**

In diesem Fall wird die EU wahrscheinlich die im März eingeleiteten rechtlichen Schritte fortsetzen und bereits im September ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof einleiten. Wenn die EU diesen Fall gewinnt, kann sie dem Vereinigten Königreich finanzielle Sanktionen auferlegen. Die EU kann parallel dazu auch ein Schiedsverfahren durch das Austrittsabkommen einleiten und Vergeltungsmaßnahmen durch das Handels- und Kooperationsabkommen (TCA) auslösen. Dieses Abkommen regelt nämlich die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien und

auch einige der Zollbefreiungen, die Großbritannien erhält. Ein solches Ergebnis würde beiden Parteien schaden, insbesondere wenn das Vereinigte Königreich anschließend Vergeltungsmaßnahmen ergreift.

#### **Szenario 4: Das Vereinigte Königreich aktiviert Artikel 16 des Protokolls und setzt dessen Anwendung teilweise aus**

Boris Johnson und die mehrere DUP-Führer haben wiederholt damit gedroht, Artikel 16 des Protokolls anzuwenden, welches dessen Geltung teilweise aussetzen würde. Die EU würde ihre rechtliche Antwort verschärfen. Sprich, sie würde Vertragsverletzungs- und Schiedsverfahren und mögliche TCA-Sanktionen mit voller Stärke ausreizen. Das würde wiederum zu Zöllen in anderen Sektoren führen können und somit zu einem ausgewachsenen Handelsstreit, der leicht eskalieren könnte. Einen solchen Sanktionen Eklat gilt es zu vermeiden, wobei es letzten Endes nicht hinzunehmen ist, wenn die britische Regierung diesen Kurs fährt. In diesem Fall müsste die EU-Kommission klare Kante zeigen.

#### **Szenario 5: Die Nordirland-Versammlung lehnt die langfristige Anwendung des Protokolls ab**

Gemäß den Bedingungen des Austrittsabkommens werden die nordirischen Institutionen in regelmäßigen Abständen aufgefordert, den im Protokoll enthaltenen Handelsvereinbarungen zuzustimmen. Die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen wird also fortlaufend über Weiterführung oder Ausstieg der Vereinbarung entscheiden. Die erste Abstimmung soll im Dezember 2024 stattfinden. Im Falle einer Ablehnung hätten die EU und das Vereinigte Königreich zwei Jahre Zeit, eine neue Vereinbarung zu treffen. Scheitern sie, würde das Protokoll ausgesetzt, was zu einer Eskalation sowohl vor Ort auf der Insel Irland als auch zwischen der EU und Großbritannien führen würde.

## Implementierung des Nordirland-Protokolls

Das Protokoll zielt darauf ab, **eine harte Grenze zwischen der Republik Irland und Nordirland zu verhindern**, um den Frieden vor Ort zu schützen. Zusage des Protokolls ist Nordirland zwar immer noch Teil der britischen Zollunion, dabei nimmt die Region aber auch gleichzeitig einen besonderen Platz in der EU-Zollunion ein. Waren, die nach Nordirland ein- oder ausgeführt werden, müssen den EU-Zollkodex befolgen und einige EU-Vorschriften in Bezug auf den Binnenmarkt für Waren und die Zollunion umsetzen.

Die Zollkontrollen zwischen Großbritannien und Nordirland werden von EU-Zollbehörden durchgeführt. Dies soll in Zusammenarbeit und unter Kontrolle der in Belfast anwesenden EU-Zollbeamt\*innen geschehen.

Die britischen Zollbehörden führen seit Januar Kontrollen von Waren durch, die über Nordirland in die irische Republik gelangen. Die Hafenbeamt\*innen sollten ursprünglich im April 2020 mit den Kontrollen der restlichen Waren, die nach Nordirland gelangen, beginnen. Obwohl sie diesem Zeitplan im Protokoll zugestimmt hatte, beschloss die britische Regierung einseitig, die Schonfrist für physische Kontrollen von frischen Lebensmitteln, Tieren und Paketen zu verlängern.

Am 15. März 2021 leitete die Kommission den ersten Schritt eines Vertragsverletzungsverfahrens ein, welches zu einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof führen könnte. Dieses könnte wiederum zu Geldstrafen oder Zöllen gegen britische Exporte führen.

Nachdem die EU eine Bitte um Verlängerung der Schonfristen bei Fleischlieferungen von Großbritannien nach Nordirland bis zum 30. September erhalten hat, signalisierte Kommissar Sefkovic Offenheit für diese Verlängerung und ein gemeinsames Vorgehen.

**Vor Ort gibt es noch weitere praktische Probleme bei der Umsetzung des Nordirland-Protokolls.** Die DUP-Regierung Nordirlands ist strikt gegen das Protokoll und hat den Bau von permanenten Kontrollstellen in nordirischen Häfen und die Einstellung von Personal für deren Betrieb verzögert. Es wird nun erwartet, dass diese Kontrollstellen nicht vor 2023 gebaut werden.

Die Europäische Kommission hat immer noch keinen Zugang zu den IT-Systemen der britischen Zollbehörden, was Handelserleichterungen und die Einschränkung von Warenkontrollen unmöglich macht. Zudem macht das Vereinigte Königreich Daten unzugänglich, welche für die Einrichtung von sogenannten „Trusted Trader“-Systemen erforderlich sind. Diese machen es möglich zertifizierte Händler, die ausschließlich in Nordirland Handel betreiben, von Kontrollen und Zollverfahren weitestgehend zu befreien.

## Warum ist es wichtig, die im Protokoll enthaltenen Zollregeln zu implementieren?

Grundannahme ist, dass alle Waren, die aus einem Drittland (einschließlich des Vereinigten Königreichs) nach Nordirland gelangen, Gefahr laufen, in die Union weiterzuziehen. **Die Nichtdurchführung von Kontrollen schafft daher eine Lücke im Netz der EU-Zolldurchsetzung.** Für den Import oder Export von Waren aus dem Binnenmarkt gelten wichtige Vorschriften. Sie reichen von der Kontrolle von Tier- und Pflanzenkrankheiten über allgemeine Produktsicherheit, Ausfuhr von Abfällen bis hin zu vielen anderen, weniger bekannten Regeln, wie der Regulierung von sogenannten Konfliktdiamanten oder dem Kampf gegen Drogen- und Waffenschmuggel.

Auch wenn derzeit die Risiken einer mangelnden Kontrolle bei der Einfuhr von Waren nach Nordirland gering sein mögen, werden sich die Lieferketten für nicht konforme oder gefährliche Waren mit der Zeit anpassen. Die EU und das Vereinigte Königreich müssen daher eine zukunftssichere Lösung für die durch den Brexit entstandenen Probleme finden.

## Zeitplan: Was sind die wichtigsten anstehenden Termine und Fristen?

**30. Juni** - Der Stichtag für die Schonfristen bei Fleischlieferungen von Großbritannien nach Nordirland war auf den 30. Juni terminiert. Das Vereinigte Königreich hat einen dreimonatigen Aufschub bis zum 30. September beantragt. Die Kommission hat Offenheit signalisiert. Im Vergleich zu den bisherigen

einseitigen Maßnahmen wird er als positive Entwicklung gesehen, wobei er trotz dessen eine zusätzliche Verzögerung bei der Umsetzung des Protokolls darstellt.

**Am 1. Juli** läuft die Frist ab, bis zu welcher in Großbritannien lebende EU-Bürger\*innen einen Antrag auf einen dauerhaften Aufenthaltsstatus stellen können. Akademiker\*innen warnen, dass Hunderttausende schutzbedürftige Menschen mit dem Verlust von Rechten konfrontiert sein könnten, einschließlich des Rechts zu arbeiten, ein Haus zu mieten oder eine Rente zu erhalten. 320.000 Menschen warten immer noch auf eine Entscheidung über ihren Aufenthaltsstatus - „settled status“ für diejenigen, die seit mehr als fünf Jahren im Land sind und „pre-settled“ für diejenigen, die weniger als fünf Jahre im Land sind. Die britische Regierung hat Forderungen nach einer Verlängerung der Frist abgelehnt.

**12. Juli** ist der Tag der größten Parade der nordirischen Marschaison und historisch gesehen ein Höhepunkt der Spannungen und Gewalt zwischen den Gemeinden in Nordirland.

**Unbekannt** - Die Kommission könnte schon bald den nächsten Schritt des Vertragsverletzungsverfahrens einleiten, nämlich die Abgabe einer mit Gründen versehenen Stellungnahme. Das Vereinigte Königreich hätte dann zwei Monate Zeit, dem nachzukommen, oder der Fall würde an den EuGH gehen.